

Pax Christi International

Erklärung zur Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH)

Brüssel, 31. Januar 2024

Pax Christi International begrüßt die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH), bleibt aber bei seiner Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und die sichere Rückkehr aller Geiseln. Der erschütternde Verlust an Menschenleben und das unvorstellbare Elend, das die unschuldige Bevölkerung des Gazastreifens - von der fast die Hälfte Kinder sind - heimsucht muss jetzt ein Ende haben.

In einer rechtsverbindlichen Anordnung fordert der IGH Israel auf:

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass in Gaza keine völkermörderischen Handlungen im Sinne der Völkermordkonvention stattfinden;
2. sicherzustellen, dass sein Militär keine völkermörderischen Handlungen begeht;
3. die Aufstachelung zum Völkermord und entsprechende Rhetorik zu verhindern und zu bestrafen;
4. die Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen und humanitärer Hilfe für die Bevölkerung des Gazastreifens zu ermöglichen und zu erleichtern;
5. die Zerstörung von Beweisen für Völkermord bei ihren militärischen Operationen zu verhindern und zu sichern und
6. dem Gericht innerhalb eines Monats Bericht zu erstatten und ihm mitzuteilen, inwieweit sie die heute angeordneten vorläufigen Maßnahmen befolgt, und als Antwort auf die Völkermordbeschwerde Südafrikas.

Gemäß Artikel I und IV der Völkermordkonvention sind die Vertragsstaaten der Konvention verpflichtet, das Verbrechen des Völkermords zu verhindern und zu bestrafen.

Pax Christi International schließt sich dem Aufruf führender humanitärer und Menschenrechtsorganisationen an, "den Transfer von Waffen, Ersatzteilen und Munition an Israel und bewaffnete palästinensische Gruppen zu stoppen, solange die Gefahr besteht, dass sie dazu verwendet werden, schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu begehen oder zu erleichtern". Um das Töten, Verstümmeln und die Zerstörung zu stoppen Zerstörung zu stoppen, müssen die Waffenlieferungen an beide Seiten sofort gestoppt werden.

Wir sind zutiefst besorgt über Berichte, wonach zwölf UNRWA-Mitarbeiter, d. h. 0,09 % der Belegschaft in Gaza, in den barbarischen Angriff vom 7. Oktober verwickelt sind.

Eine gründliche, unabhängige und transparente Untersuchung dieser mutmaßlichen Aktionen durch das UN-Büro für Interne Aufsichtsbehörde wurde angeordnet. Wir bekräftigen, dass die Hamas und alle, die den Angriff geplant und ausgeführt haben, mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden müssen.

Pax Christi International ist sich jedoch bewusst, dass die UNRWA die Lebensader für die 1,7 Millionen Flüchtlinge in Gaza ist, deren Überleben von der UNRWA abhängt. Die unermüdliche Arbeit der 13.000 UNRWA-Mitarbeiter in Gaza, die über 150 ihrer Kollegen verloren und persönliche Verluste und Vertreibung erlitten haben, muss mit der vollen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft fortgesetzt werden.

Die Arbeit der UNRWA zu untergraben, bedeutet, eine leidende, unschuldige Bevölkerung kollektiv zu bestrafen, indem man ihr die Lieferung der lebenserhaltende Hilfe verweigert.

Pax Christi International unterstützt nachdrücklich alle Bemühungen, die Gewalt zu beenden, die in 115 Tagen mehr als 26.000 Menschen getötet und über 65.000 verletzt hat.

Die Welt ist Zeuge von Unvorstellbarem.

Es ist zwingend erforderlich, dass die internationale Gemeinschaft ihre ganze Macht und ihren Einfluss geltend macht, um diesem Gemetzel ein Ende zu setzen und entschiedene diplomatische Maßnahmen ergreift, um einen dauerhaften, auf Gerechtigkeit beruhenden Frieden zu schaffen.

Alles andere wird die Geschichte als Komplizenschaft werten.

Wir appellieren an alle Regierungen:

- einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern,
- die sichere Freilassung der Geiseln zu fordern, die von der Hamas und anderen militanten Gruppen festgehalten werden, sowie die Freilassung der Personen, die von Israel ohne ein ordnungsgemäßes Verfahren inhaftiert wurden,
- sofortige Wiederherstellung aller Finanzmittel für die UNRWA, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden,
- ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel zu überprüfen und ihre Verteidigungspartnerschaften auszusetzen,
- ein gegenseitiges Embargo für jegliche militärische Ausrüstung und Unterstützung zu verhängen,
- durch diplomatische Maßnahmen darauf zu bestehen, dass der Zugang zu allen humanitären Hilfsgütern gewährleistet wird, einschließlich der Prüfung des Zugangs zu Dual-Use-Gütern.